

Landarztquote: Huml will sie, der Bayerische Ärztetag nicht

Der Ärztetag hat sich klar für Reformen im Medizinstudium positioniert: Weg vom Fokus auf die Abiturnote, Ja zu mehr Medizinstudienplätzen – und Nein zur Landarztquote. Doch das sieht die bayerische Landesregierung anders.

Von Christina Bauer



Anatomievorlesung an der Universität – hier in Leipzig. In Bayern entstehen neue Medizinstudienplätze. © Jan Woitas / dpa

SCHWEINFURT. Der Bayerische Ärztetag hat die Staatsregierung aufgefordert, keine Landarztquote im Rahmen des „Masterplans Medizinstudium 2020“ umzusetzen. Die Verpflichtung, später auf dem Land zu arbeiten, verlange Medizinstudierenden zu einem frühen Zeitpunkt eine weitreichende Entscheidung ab – und zwar, bevor der Nachwuchs einen realistischen Einblick in die ärztliche Tätigkeit gewinnen kann.

Dies sei „weder im Sinne der künftigen Ärzte noch im Sinne der Patienten“, heißt es in einem Beschluss der Delegierten. Anders hatte sich zum Auftakt des Delegiertentreffens die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) geäußert. Sie halte die Landarztquote für „richtig, weil sie eine echte Chance ist, mehr Ärzte auf das Land zu bringen“.

Im Konsens war der Ärztetag mit der Ministerin bei der Forderung, die Zulassung zum Medizinstudium völlig unabhängig vom Abiturdurchschnitt zu gestalten. Auch Huml stellte klar, dass „soziale Kompetenz oder Engagement im medizinischen Bereich genauso wichtig“ seien.

250 neue Medizinstudienplätze

Lob erhielt die Staatsregierung für die Aufstockung von Medizinstudienplätzen. An der Universität Augsburg wird eine neue Medizinische Fakultät geschaffen. Dort entstehen 250 Studienplätze. Die Ärztetags-Delegierten begrüßten die Neueinrichtung allgemeinmedizinischer Lehrstühle, warnten aber, deren Finanzierung könne nicht durch Umverteilung von Mitteln bewerkstelligt werden. Stattdessen müsse die Regierung hierfür zusätzliches Geld zur Verfügung stellen.

Weitere Beschlüsse des Ärztetags:

- Umsetzung des Krebsregisters: Die Delegierten sprechen sich dafür aus, den derzeit vorliegenden Entwurf für die Schaffung eines zentralen Krebsregisters zu ergänzen. Bei dem Vorhaben geht es um die Umsetzung des Krebsfrüherkennungs- und registergesetzes, das der Bundestag vor drei Jahren beschlossen hat. Der Ärztetag plädierte dafür, die bestehenden sechs Tumorerregister und die Kammer aufgrund ihrer Erfahrungen bei der Etablierung des Krebsregisters stärker als bisher einzubinden.
- Klinische Studien an Demenzkranken: Der Ärztetag lehnt die Pläne der Bundesregierung ab, Arzntests an nicht-einwilligungsfähigen Patienten auch dann zu erlauben, wenn diese Studien nur gruppennützig sind, dem Studienteilnehmer selbst aber keinen Nutzen bringen. Hier solle die bestehende Rechtslage – das Verbot solcher Studien – beibehalten werden.
- Mehr Kitas für Arztkinder: An Krankenhäuser und Ausbildungsstätten erging die Forderung, zusätzliche Kindertagesstätten- und Hortplätze für Kinder von Medizinern zur Verfügung zu stellen. Wichtig seien dabei flexible Betreuungszeiten.
- Gesundheitsunterricht an Schulen: Der Lehrplan an Schulen sollte um das Fach „Gesundheit“ erweitert werden. Es sollte in allen Jahrgangsstufen unterrichtet werden und Themen der Prävention und Gesundheitsförderung behandeln. Ab der 7. Klasse solle Wiederbelebung als Pflichtthema berücksichtigt werden. Als Mindestinhalte werden Erkennen von Kreislaufstillstand, Notruf und Wiederbelebnungsmaßnahmen formuliert. Ärzte könnten Schulen bei Bedarf inhaltlich beraten.

- Gesundheitliche Vorausplanung: Der Bayerische Ärztetag hat dafür votiert, über bestehende Modellprojekte hinaus ein „Advance Care Planning“ (ACP) flächendeckend einzuführen. Beim ACP handelt es sich um eine „dynamisierte“ Form der Patientenverfügung. Ziel von ACP ist die Autonomie der Patienten durch gesundheitliche Vorausplanung zu stärken, damit die Behandlung – etwa in Notfallsituationen – auch dann nach dem Patientenwillen erfolgen kann, wenn dieser nicht mehr gefragt werden kann. (Mitarbeit: fst)

Die Landarztquote ist eine echte Chance, mehr Ärzte aufs Land zu bringen.

Melanie Huml Gesundheitsministerin in Bayern beim Bayerischen Ärztetag in Schweinfurt